

Studierendenparlament der Technische Universität Hamburg



Antrag der

18.01.2023

Antragsteller*in / Liste:

Miora Gerull, Fabian Finkenzeller, Dennis Espert

Änderung §35 der Wahlordnung der Studierendenschaft

Das Studierendenparlament möge beschließen:

den §35 Konstruktives Misstrauensvotum in der Wahlordnung der Studierendenschaft durch den neuen §35 Misstrauensvotum mit dem Wortlaut im Anhang zu ersetzen.

Begründung:

Die bisherige Wahlordnung der Studierendenschaft lässt mit §35 bisher nur ein konstruktives Misstrauensvotum zu.

Aufgrund aktueller Ereignisse wird es von uns für nötig befunden, dass es zusätzlich die Möglichkeit eines destruktiven Misstrauensvotums geben sollte. Gründe für ein konstruktives Misstrauensvotum können zum Beispiel bei übergriffigem Verhalten innerhalb eines Gremiums gegeben sein. Dadurch kann im Gegensatz zum konstruktiven Misstrauensvotum ein schnelles Handeln durch das wählende Gremium gewährleistet werden.

Sollte es ein destruktives Misstrauensvotum gegen ein AStA-Mitglied geben, ist dieses nach §21(3) nicht dazu verpflichtet, die Amtsgeschäfte bis zur Wahl einer nachfolgenden Person fortzuführen.

Zudem wird das Verfahren zu einiem Misstrauensvotum konkretisiert, so dass keine Beteiligten in dem Prozess benachteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

wird vom Präsidium des Studierendenparlaments ausgefüllt

Ja:

Abstimmung am:

Nein:

☒ **Angenommen**

Enthaltung:

☐ **Abgelehnt**



Änderungsvorschlag für §35

Wahlordnung der Studierendenschaft

Stand: 15.02.2023

§ 35 Misstrauensvotum

- (1) Lassen die entsprechenden Bestimmungen die vorzeitige Beendigung einer Amtszeit durch ein Misstrauensvotum zu, so richtet sich das Verfahren nach den folgenden Bestimmungen.
- (2) Ein Misstrauen wird ausgesprochen, wenn
 - a) die absolute Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder des wählenden Gremiums dem Misstrauensantrag zustimmt.

ODER

 - b) das wählende Gremium nach der entsprechenden Wahlordnung eine Nachfolgerin für die zu wählende Position wählt.
- (3) Wurde ein Misstrauen vom wählenden Gremium gegenüber einer Person ausgesprochen, scheidet diese mit sofortiger Wirkung aus dem Amt aus.
- (4) Der Misstrauensantrag ist unter Angabe des betreffenden Amtes und des Namens der Amtsinhaberin dem wählenden Gremium schriftlich als ordentlicher Antrag entsprechend dessen Geschäftsordnung vorzulegen.
- (5) Die Vorsitzende des wählenden Gremiums hat die betreffende Amtsinhaberin unverzüglich nach Antragstellung oder Eingang eines Wahlvorschlags über den vorliegenden Misstrauensantrag in Kenntnis zu setzen.
- (6) Der betreffenden Amtsinhaberin ist die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben. Für die schriftliche Stellungnahme wird eine Frist von mindestens 72 Stunden ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe nach Abs. 5 gewährt.
- (7) Sollte der Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses oder das Präsidium des Studierendenparlaments mit nur einer Person besetzt sein, kann dieser nur durch Absatz 2 b) das Misstrauen ausgesprochen werden.